

Klaus-Heinrich Standke*

Zwischen Irak-Krise und ESVP: Was wird aus dem Weimarer Dreieck?

V. Gipfeltreffen in Breslau, 9. Mai 2003 – Eine kritische Bewertung

Prof. Dr. Klaus-Heinrich Standke, Berlin/Cabourg.

Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit e.V.

Seit ihrer Gründung in Weimar am 28. August 1991 durch die drei damaligen Außenminister *Roland Dumas*, *Hans-Dietrich Genscher* und *Krzysztof Skubiszewski* fanden deutsch-französisch-polnische Begegnungen im Zeichen des „Weimarer Dreiecks“ auf Ebene der Chefs der Außenressorts der drei Länder insgesamt elf Mal statt. Die Staats- und Regierungschefs sind in diesem Zeitraum fünf Mal in so genannten „Gipfeltreffen“ zusammengekommen und zwar drei Mal in Polen und jeweils ein Mal in Deutschland und in Frankreich.

Das jüngste Weimarer Gipfeltreffen in Breslau stand unter besonderem Erwartungsdruck:

1. Es war die erste Dreierbegegnung nach dem Ende des Irakkrieges, der nicht nur zu einem Riss in den UN-, NATO- und EU-Strukturen führte, sondern auch durch das Weimarer Dreieck.
2. Die emotionelle Verurteilung der Haltung einiger EU-Kandidatenländer als Mitunterzeichner einer Solidaritätsdemonstration gegenüber den USA („Gemeinsamer Aufruf der Acht“ vom 30. Januar 2003) durch den französischen Staatspräsidenten („ces pays ont manqué une bonne occasion de se taire...“) hat besonders in Polen als Partnerland des Weimarer Dreiecks tiefe Verstimmung ausgelöst.
3. Die feierliche Begrüßung von acht MOE-Kandidatenländern am 16. April 2003 in Athen im Kreis der EU-15 hat das Sonderkapitel des Weimarer Dreiecks als Unterstützungsmechanismus der bevorstehenden EU-Aufnahme Polens und der bereits erfolgten Aufnahme in die NATO in gewisser Weise obsolet werden lassen. Die Spekulationen über

die Zukunft des Dreiecks reichten daher von einem allmählichen „*phasing out*“ bis zu einem neuen politischen Durchbruch, der das trilaterale Verhältnis in eine, wenn schon nicht gleiche, aber doch ähnliche Qualität wie die der engen bilateralen deutsch-französischen Beziehungen befördern würde.

Vor diesem Hintergrund ist das erhebliche Interesse der Öffentlichkeit an diesem Weimarer Gipfelgespräch in Breslau, auch wenn die eigentliche Begegnung im historischen Rathaussaal kaum mehr als eine Stunde dauerte, allein schon daran zu ermessen, dass mehr als 400 Journalisten zu der Veranstaltung bei dem Pressebüro der Polnischen Präsidialkanzlei akkreditiert waren.

Am Vorabend des Gipfels hat das Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit e.V., welches im Jahr 2002 unter Schirmherrschaft der drei genannten Gründungsväter des Weimarer Dreiecks entstanden ist, in Zusammenarbeit mit dem Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Breslau (WBZ) und dem Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.), Paris, ein Trilaterales Kolloquium zum Thema „**Das Weimarer Dreieck durchgeführt: Hoffnungen von gestern – Erwartungen an morgen**“.

Der Direktor der EU-Abteilung im polnischen Außenministerium, *Pawel Swieboda*, würdigte die Weimarer Initiative als eine „Politik der regionalen Nachbarschaft“ innerhalb größerer Strukturen, wie sie von anderen regionalen Kooperationskonzepten, wie etwa dem „Barcelona-Prozess“ im Mittelmeerraum, aufgenommen worden sei. Nun gälte es, diese Zusammenarbeit durch neue Themenstellungen, wie zum Beispiel der atlantischen Beziehungen, auszuweiten.

Der französische Botschafter in Polen, *Patrick Gautrat*, verhehlte nicht einen gewissen Skeptizismus gegenüber dem, wie er ihn nannte, „Trialog“ im Rahmen des Weimarer Dreiecks. Dennoch seien dessen Meriten unverkennbar: Die Symbolkraft des Standortes Breslau als Austragungsort des Weimarer Gipfeltreffens zeige den Grad der in Europa inzwischen

erreichten Aussöhnung zwischen den Völkern.

Nach Überzeugung des deutschen Botschafters in Polen, *Reinhard Schweppe* wird der Breslauer Gipfel in die Reihe der trilateralen Begegnungen der Staats- und Regierungschefs im Zeichen des Weimarer Dreiecks als „historischer Gipfel“ eingehen. Im Vergleich mit früheren Veranstaltungen habe der Gipfel in Breslau drei neue Qualitäten: 1. Der Rahmen der Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck werde wesentlich erweitert. Neben den Staats- und Regierungschefs und den Außenministern werden künftig auch andere Regierungsressorts wie die Innen- und Arbeitsminister in die trilaterale Zusammenarbeit einbezogen. 2. Die Rolle der Regionen innerhalb des Weimarer Dreiecks werde künftig an Bedeutung gewinnen. 3. In den Außenbeziehungen der erweiterten EU werde der Mechanismus des Weimarer Dreiecks einen wichtigen Stellenwert erlangen.

Im Gegensatz zu den Vertretern der drei Länder vertrat der Direktor des Polnischen Instituts für internationale Beziehungen, Warschau, *Ryszard Stemplowski*, die Auffassung, dass das Weimarer Dreieck in Wirklichkeit nicht mehr existiere. Insbesondere die mangelnde gegenseitige Information und Konsultation in Fragen einer neuen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aber auch bezüglich der Solidarität mit den USA im Zusammenhang mit der Bewertung des Irakkrieges habe dies deutlich gemacht. Er diagnostizierte eine „unerwiderte Liebe“ Polens zu Frankreichs und unterstrich – ähnlich wie schon früher *Hans-Dietrich Genscher* – die Notwendigkeit, den losen Rahmen des Weimarer Dreiecks zu einer wechselseitigen besseren Kenntnis der anderen Partner zu nutzen.

Für *Henri Ménéudier*, Universität Paris III (Sorbonne Nouvelle), legitimieren geschichtliche und praktische Erwägungen das Entstehen des Weimarer Dreiecks. Nach dem Hass und den Kriegen des letzten Jahrhunderts sollten nun Versöhnung und Zusammenarbeit sowie Solidarität und Freundschaft das gegenseitige Verhältnis bestimmen. Die deutsch-französischen Erfahrungen sollten als Modell dienen. Auch in dem erweiterten Europa wird die bilaterale und

die trilaterale Zusammenarbeit eine große Bedeutung behalten, um die Probleme der EU zu diskutieren sowie um gemeinsame Initiativen und Entscheidungen vorzubereiten. Eine Voraussetzung dafür sei eine vertiefte Information über die Nachbarn. Neben den Regierungen sollten sich Wirtschaft und Zivilgesellschaft als Hauptakteure behaupten.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, *Hans Martin Bury* erklärte zur Zukunft des Weimarer Dreiecks, es sei „wichtiger denn je“.

Schon jetzt stehe fest, dass die Welt nach dem Krieg im Irak eine andere sein werde: „Es wird eine Welt sein, die die Fähigkeit „sich in den anderen hineinzusetzen“ als eine notwendige Voraussetzung für jede Zusammenarbeit erst wieder lernen muss. Das Weimarer Dreieck kann – und muss! – hier ansetzen: Es gilt zu verhindern, dass das „Projekt EU“ infolge der Irak-Krise dauerhaft Schaden nimmt. Auch bieten „Weimarer Gespräche“ den geeigneten Rahmen, um das Verhältnis Europas („des alten“) zu den USA vor dauerhaftem Schaden zu bewahren und Vertrauen und Verständnis wieder aufzubauen. Von dem für Mai in Breslau geplanten Weimarer Gipfeltreffen können diesbezüglich wichtige Signale ausgehen...“(1)

Der Präsident der Republik Polen *Aleksander Kwasniewski* präsentierte am 9. Mai 2003 wie folgt auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten *Jacques Chirac* und dem deutschen Bundeskanzler *Gerhard Schröder* die wichtigsten Ergebnisse des „Gipfels in Breslau“, der unter dem Zeichen „Die Zukunft der Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks“ stand.

„Der Bundeskanzler und die Präsidenten bekräftigten ihr Bekenntnis zum Weimarer Dreieck, dessen Auftrag weiterhin darin besteht, „die Netze der Kooperation immer dichter zu knüpfen, die die Völker und Staaten [...] auf allen Ebenen und in der ganzen Breite des Lebens miteinander verbinden.“ Das Weimarer Dreieck kann als Forum des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den drei Partnern eine Impulse gebende, gestaltende Kraft im Dienst der erweiterten Union werden. Im Hinblick darauf haben Frankreich und Deutschland beschlossen, Polen in ihre Überlegungen

zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Politiken, insbesondere der gemeinsamen Agrarpolitik, der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und der Verkehrspolitik, einzubeziehen.

Der Bundeskanzler und die Präsidenten kamen überein, die Abstimmung zwischen den drei Ländern über die Entwicklung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) durch die Abhaltung regelmäßiger dreiseitiger Konsultationen zu intensivieren.

Diese Konsultationen zielen darauf ab, sowohl die Entwicklung der zivilen und militärischen Fähigkeiten im Rahmen der ESVP zu beschleunigen als auch die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der NATO zu verstärken.

In diesem Zusammenhang unterrichteten Bundeskanzler *Gerhard Schröder* und Staatspräsident *Jacques Chirac* Präsident *Aleksander Kwasniewski* über die Vorschläge des Treffens der Staats- und Regierungschefs am 29. April 2003 in Brüssel, die im Kreis aller gegenwärtigen und künftigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union weiter beraten werden. Der Bundeskanzler und die Präsidenten beschlossen ferner, eine enge Zusammenarbeit bei der im Rahmen des Konvents betriebenen Reform der europäischen Institutionen, vor allem hinsichtlich der institutionellen Architektur und der GASP, zu entwickeln. Diese gemeinsame Arbeit soll fortgesetzt und intensiviert werden. Sie führten einen eingehenden Meinungsaustausch über die Perspektiven einer Verstärkung der partnerschaftlichen Beziehungen zu Russland sowie zu den anderen „neuen Nachbarn“ der erweiterten Union, insbesondere der Ukraine, und verständigten sich auf eine Fortsetzung dieses Austauschs.

Im „Frage-und-Antwort“-Teil der Pressekonferenz zeigten sich deutlicher als in der sorgfältig ausgehandelten Presseverlautbarung unterschiedliche Auffassungen Deutschlands und Frankreichs einerseits und Polens andererseits:

1. Zum Dokument über die Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, welches bei dem Gipfeltreffen am 29. April 2003 in Brüssel von Belgien, Deutschland,

Frankreich und Luxemburg erarbeitet wurde, sagte Präsident *Kwasniewski*, er habe den Text zwar zur Kenntnis genommen, Polen sei aber keinesfalls einverstanden, wenn die Vorschläge zu einer Schwächung der NATO führen würden oder eine Duplizierung ihrer Aufgaben zur Folge hätten. Dasselbe gelte für die GASP; auch hier seien grundlegende Fragen und Zweifel anzumelden. Derartige Initiativen sollten nicht die der NATO duplizieren. Der Bundeskanzler ergänzte, dass die Vorschläge vom 29. April für jedes Mitglied der EU offen seien, auch für Polen. Sie seien nicht gegen die NATO gerichtet, sondern sollten im Gegenteil einen europäischen Pfeiler innerhalb der NATO schaffen.

2. Hinsichtlich des Entwurfs zu einer neuen Resolution, die von den USA eingebracht wurde, wünschte Präsident *Kwasniewski*, dass sie angenommen werde. Präsident *Chirac* stellte zur Haltung Frankreichs im Sicherheitsrat der UNO fest, dass Krieg eine Sache sei und der Wiederaufbau des Irak eine andere. Dennoch müsse er dabei bleiben, dass ein Präventivkrieg nicht eine Doktrin für die Welt von morgen werden dürfe. In jedem Fall müsse der Sicherheitsrat gewährleisten, dass der Irak seine volle Souveränität wieder erlange. Der Bundeskanzler betonte seinerseits, dass der Wiederaufbau des Irak unter dem Dach der UNO erfolgen müsse.

3. Angesprochen auf die von Polen angebotenen Vermittlungsdienste zur Entspannung des Verhältnisses zwischen den USA und Deutschland und Frankreich, stellte der französische Präsident fest, er habe nicht das Gefühl, dass Frankreich hierzu irgendwelche „Brücken“ von anderer Seite brauche. Die transatlantischen Beziehungen Frankreichs seien immer noch genügend stark. Auch der Bundeskanzler sah keine Notwendigkeit für Deutschland zu einer Moderation durch Dritte im transatlantischen Verhältnis.

4. Der französische Staatspräsident erklärte auf Anfrage, dass er mit seinen Bemerkungen gegenüber der Solidaritätsadresse einer Gruppe von MOE-Kandidatenländern mit den USA keinesfalls die Absicht gehabt habe, diese zu verletzen. Er müsse aber bei

seiner Haltung bleiben, dass neue Mitglieder, die in eine Familie aufgenommen werden wollen, ihre Solidarität zuallererst mit dieser zeigen müssten.

5. Er betonte ferner den Stellenwert der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern und unterstütze im besonderen die Hochschulzusammenarbeit. Als Beispiel erwähnte er den Wunsch zu einer verstärkten Kooperation zwischen der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken und der, wie er sie nannte, Deutsch-Polnischen Universität in Frankfurt/Oder.

Abschließend waren sich die drei Gipfelteilnehmer einig darüber, dass trotz der wahrzunehmenden Spannungen das Weimarer Dreieck wirksam und nützlich sei. Für Frankreich und Deutschland wird es gewöhnungsbedürftig sein, dass der deutsch-französische Motor allein künftig wohl nicht mehr, wie in den Jahrzehnten zuvor, der Garant für eine stete Weiterentwicklung der Europäischen Union sein kann. Je nach Interessenlage werden wechselnde Allianzen „*of the willing*“ nach der EU-Erweiterung noch mehr als bisher die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern prägen. Vielleicht ist es diese Erkenntnis, die die Gipfelteilnehmer in Breslau in ihrer Presseverlautbarung zur Zukunft des Weimarer Dreiecks die unverbindliche „Kannform“ wählen ließen und nicht eine stärkere affirmative Formulierung wie „wird“, „soll“ oder „muss“: „Das Weimar Dreieck kann als Forum des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den drei Partnern eine Impulse gebende, gestaltende Kraft im Dienst der erweiterten Union werden.“

(1) „BerliNews“, 7.4.2003, www.BerliNews.de